

Dienstag, 17. Dezember 2013

Gemeinsame Erklärung: Aufruf zum Wandel der europäisch-atlantischen Sicherheit

Hintergrund:

Als Mitglieder des European Leadership Network (ELN) sind wir dem Streben nach einer Welt ohne Kernwaffen verpflichtet. Um eine solche Welt zu schaffen, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen der politisch Verantwortlichen sowie aller Menschen auf der Welt. Sie ist nur dann erreichbar, wenn die praktischen Schritte, die zur Erreichung dieses Ziels erforderlich sind, sowohl als Beitrag zur nationalen Sicherheit jedes Landes sowie zur globalen Sicherheit verstanden werden. Und eine solche Welt wird nur dann Realität werden, wenn die politische Führung jedes Landes und jeder Region ihren Teil der Handlungsverantwortung übernimmt.

Der euroatlantische Raum, der die Vereinigten Staaten, alle Länder Europas und Russland einschließt, beherbergt über 95 Prozent aller Kernwaffen der Welt. Ihm gehören vier der fünf deklarierten Atommächte im nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) an sowie neun der vierzehn Länder der Welt, auf deren Gebiet Kernwaffen stationiert sind (USA, Russland, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Türkei, Belgien und die Niederlande).

Obwohl sich die Wahrscheinlichkeit eines verheerenden konventionellen oder nuklearen Konflikts im euroatlantischen Raum erheblich verringert hat, ist die Region noch immer von den Erfahrungen der Konflikte des 20. Jahrhunderts und von einem Misstrauen geprägt, das ein tiefes, bleibendes Vermächtnis des Kalten Krieges ist. Sicherheitskonzepte aus der Ära des Kalten Krieges und viele damit verbundene Waffen und militärische Dispositive beherrschen noch immer das Bild.

So besteht insbesondere das Konzept der nuklearen Abschreckung und der gesicherten gegenseitigen Zerstörung weiter fort. Große strategische

Nuklearstreitkräfte sind weiterhin jederzeit einsatzbereit und stehen innerhalb weniger Minuten zum Abschuss bereit. Die in Europa stationierten taktischen Kernwaffen gehen immer noch in die Tausende, und die jahrzehntealte Raketenabwehrdebatte ist festgefahren. Neue Sicherheitsherausforderungen im Zusammenhang mit dem strategischen Einsatz konventioneller Waffen, Cyber-Sicherheit und der militärischen Nutzung des Weltraums bleiben umstritten und unzureichend diskutiert. Der Status quo ist gefährlich und potenziell destabilisierend. Er untergräbt das Vertrauen, das erforderlich ist, um auftauchenden Sicherheitsgefahren in Europa und der ganzen Welt durch gemeinsame Anstrengungen zu begegnen.

Den Preis bezahlt die Öffentlichkeit. Für sie erhöht die aktuelle Situation nicht nur die Sicherheitsrisiken, sondern führt auch zu einem Anstieg der Verteidigungskosten und zur Fehlleitung von Ressourcen, weg von finanzwirtschaftlichen Bedürfnissen, innerstaatlichen Prioritäten und anderen neuen Sicherheitsherausforderungen und -gefahren. In der Region zeichnen sich allein im Bereich der Kernwaffen Kosten von mindestens 500 Mrd. \$ ab.¹

Wir behaupten nicht, dass ein neues, besseres Sicherheitsklima in der Region all diese Kosten beseitigen würde, im Laufe der Zeit könnten sich jedoch erhebliche Einsparungen ergeben — die in anderen, nicht nuklearen Bereichen der Sicherheitspolitik, noch bedeutend höher ausfallen könnten.

Aufruf zum Wandel:

Im Interesse der Sicherheit und des wirtschaftlichen Wohls unserer Bürger ist es daher dringend erforderlich, dass wir im euroatlantischen Raum einen neuen, fortgesetzten und dynamischen Sicherheitsdialog beginnen, um dieser Situation Rechnung zu tragen. Dieser Dialog muss von höchster Ebene mit einem politischen Mandat versehen werden und hochrangige zivile und militärische Führungskräfte einbeziehen.

Wir fordern insbesondere Folgendes:

Prozess:

- Beauftragt von Entscheidungsträgern soll eine Kerngruppe von Ländern in der Region eine informelle Kontaktgruppe für euroatlantische Sicherheit bilden. Diese soll Empfehlungen für Entscheidungsträger erarbeiten: hinsichtlich der

¹ Die Vereinigten Staaten planen Programme zum Bau neuer, mit ballistischen Atomraketen bestückter U-Boote und strategischer Bomber mit einem Kostenpunkt von mehr als 400 Mrd. \$ sowie die Verlängerung der Laufzeit in Europa stationierter Kernwaffen mit Kosten von über 10 Mrd. \$. Russland beabsichtigt Berichten zufolge in den nächsten zehn Jahren 1,9 Bio. Rubel (61 Mrd. \$) für die Modernisierung seiner strategischen Atomkräfte auszugeben, während sehr konservative Schätzungen die mögliche Erneuerung des Trident-Programms im Vereinigten Königreich mit 25 Mrd. Pfund (38 Mrd. \$) veranschlagen.

Grundsätze des Dialogs; hinsichtlich der mit seiner Durchführung beauftragten zivilen und militärischen Führungskräfte; und hinsichtlich der zu behandelnden Fragen. Ungeachtet der Einzelheiten muss dieser Prozess eine umfassende und auf konkrete Maßnahmen ausgerichtete Sicherheitsdiskussion einschließen.

- Im Rahmen des breiteren Prozesses sollen bilateral, multinational und in Unterregionen des euroatlantischen Raums, je nach Bedarf, neue Wege für den Dialog über spezifische Fragen geschaffen werden. Bestehende Gremien wie der NATO-Russland-Rat und die OSZE sollten als Foren für die Diskussion spezifischer Fragen genutzt werden. Die Entscheidungsträger aus den Ländern und die Mitglieder der Kontaktgruppe wären dabei im Laufe der Entwicklung weiter an dem Dialog beteiligt.

Kernprinzipien:

Die Kernprinzipien des Dialogs sollten unseres Erachtens folgendes einschließen:

- Behandlung aller offensiven und defensiven Elemente, von nuklearen und konventionellen Waffen, Cyber-Sicherheit und einer militärischen Nutzung des Weltraums im Rahmen eines neuen Sicherheitkonstrukts;
- Reduzierung der Rolle von Kernwaffen als essentieller Teil des allgemeinen Sicherheitsdispositivs von Nationen, ohne die Sicherheit einer der beteiligten Seiten zu gefährden;
- Schaffung robuster und anerkannter Methoden, um die Entscheidungszeit, die politisch Verantwortlichen in Zeiten erhöhter Spannungen und in Extremsituationen zur Verfügung steht, zu verlängern;
- Verlagerung weg von Relikten der gesicherten gegenseitigen Zerstörung hin zu einem gemeinsamen Verständnis und weiter zu gegenseitiger frühzeitiger Warnung, gemeinsamer Verteidigung und schließlich gemeinsamer Sicherheit;
- Verbesserung der Stabilität durch mehr Transparenz, Kooperation und Vertrauen. Die Angst vor Angriffen mit kurzer Vorwarnzeit sollte beseitigt werden.

Praktische Prioritäten:

Folgende Punkte sollten unseres Erachtens im Rahmen dieses flexiblen Dialograhmens unmittelbare Priorität haben:

Nuklearstreitkräfte:

- Praktische Schritte zur Erhöhung der Entscheidungszeit und Krisenstabilität für die politisch Verantwortlichen, insbesondere im Hinblick auf die strategischen Nuklearstreitkräfte der USA und Russlands. Auch unter dem

neuesten Kernwaffenabkommen stehen in den beiden Ländern weiterhin Hunderte von ballistischen Raketen mit Tausenden Atomsprenghköpfen zum schnellen Abschuss bereit und können ihre Ziele in weniger als 30 Minuten erreichen. Dies erhöht das Risiko, dass bei einer Fehlwarnung Entscheidungen über den Einsatz von ballistischen Raketen überstürzt getroffen werden, ebenso wie das Risiko eines versehentlichen oder nicht autorisierten Raketenabschusses. Die USA und Russland sollten jetzt vordringlich entsprechende Schritte unternehmen, um den „Prompt-Launch“-Status eines Teils ihrer strategischen Kräfte aufzuheben;

- Weitere Reduzierung der eingesetzten strategischen Nuklearstreitkräfte der USA und Russlands;
- Maßnahmen zur Transparenz sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildung in Bezug auf taktische Kernwaffen in Europa; hierzu gehören auch mutige Schritte zur Reduzierung dieser Waffen.

Raketenabwehr:

- Einrichtung eines Kooperationszentrums für Raketenabwehr zum Austausch von Daten von Frühwarn-Radar- und -Satellitensystemen;
- Maßnahmen zur Schaffung von gegenseitiger Transparenz in Bezug auf Raketenabwehrsysteme und -kapazitäten, mit jährlicher Aktualisierung der Informationen;
- Fortgesetzte gemeinsame Raketenabwehr-Übungen;
- Schriftliche politische Verpflichtung zum Verzicht auf eine Raketenabwehr, die die strategische Stabilität untergraben würden.

Konventionelle Kräfte in Europa:

- Verstärkte vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen durch erhöhte Evaluationsbesuch-Quoten im Rahmen des Wiener Dokuments;
- Ausweitung des Vertrages über den Offenen Himmel (Open-Skies-Vertrag) von bisher 34 Staaten auf alle 57 OSZE-Staaten; und umfangreichere technische Kapazitäten zur Datensammlung als dies bisher im Rahmen des Vertrags gestattet ist;
- Unabhängig vom aktuellen Status des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) die Hinarbeit auf die Vereinbarung von Maßnahmen, die die Entscheidungszeit von politisch Verantwortlichen verlängert. Weitere Transparenz könnte in Bezug auf Daten und „Out of garrison“-Aktivitäten von Streitkräften sowie in Bezug auf den Einsatz von Streitkräften geschaffen werden.

Konventionelle „Prompt Global Strike“-Kräfte:

- Konzeptuelle Debatte über mögliche programmatische und operative transparenz- und vertrauensbildende Maßnahmen und andere Schritte im Fall, dass solche Waffen schließlich entwickelt und eingesetzt werden.

Cyber-Sicherheit:

- Beginn der Diskussion und Implementierung eines Prozesses, der den frühzeitigen Austausch von Information über Cyber-Bedrohungen, gemeinsame Ansätze beim Schutz von Netzwerken und eine gemeinsame Reaktion auf Cyber-Angriffe beinhaltet. Diese Zusammenarbeit könnte Diskussionen über die Erarbeitung einer oder verschiedener internationaler Vereinbarungen einschließen, die einen Cyberkrieg limitieren würden.

Weltraum:

- Austausch von Informationen über den Vorentwurf eines Verhaltenskodex für Aktivitäten im Weltraum, um die zukünftige Einigung auf einen solchen Kodex zu vereinfachen.

Dieser neue Ansatz zum Aufbau von gegenseitiger Sicherheit im euroatlantischen Raum kann zu einer sichereren und aussichtsreicheren Zukunft für alle unsere Bürger führen. Wir haben eine historische, vielleicht jedoch nur flüchtige Chance zum Handeln. Unsere verantwortlichen Politiker müssen diese Chance jetzt nutzen.

Unterzeichnet von:

1. **Des Browne**, ehemaliger Verteidigungsminister, Vereinigtes Königreich.
2. **Wolfgang Ischinger**, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Botschafter in den Vereinigten Staaten und Botschafter im Vereinigten Königreich, Deutschland.
3. **Igor Ivanov**, ehemaliger Außenminister und Sekretär des Sicherheitsrats, Russland.
4. **James Arbuthnot**, amtierendes Parlamentsmitglied und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, Vereinigtes Königreich.
5. **Aytuğ Atici**, amtierendes Mitglied der Großen Nationalversammlung, Türkei.
6. **Margaret Beckett**, amtierendes Parlamentsmitglied und ehemalige Außenministerin, Vereinigtes Königreich.
7. **Alexander Bessmertnykh**, ehemaliger Außenminister, Russland.
8. **Hans Blix**, ehemaliger Außenminister, Generaldirektor der IAEA und Vorsitzender der Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen, Schweden.

9. **Jaakko Blomberg**, ehemaliger Botschafter in Kanada, Botschafter in Estland und Sonderberater des EU-Kommissars für Erweiterung zum Thema Zypern, Finnland.
10. **Kjell Magne Bondevik**, ehemaliger Ministerpräsident, Norwegen.
11. **Hans van den Broek**, ehemaliger Außenminister und EU-Kommissar für Außenbeziehungen, Niederlande.
12. **Gro Brundtland**, ehemalige Ministerpräsidentin, Norwegen.
13. **Alistair Burt**, amtierendes Parlamentsmitglied und ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium, Vereinigtes Königreich.
14. **Menzies Campbell**, amtierendes Parlamentsmitglied und ehemaliger Vorsitzender der Liberal Democrats, Vereinigtes Königreich.
15. **Ingvar Carlsson**, ehemaliger Ministerpräsident, Schweden.
16. **Hikmet Çetin**, ehemaliger Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident, Türkei.
17. **Tarja Cronberg**, amtierendes Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Iran, Finnland.
18. **Vladimir Dvorkin**, ehemaliger General und Direktor des Fourth Central Research Instituts in Moskau, Russland.
19. **Rolf Ekéus**, ehemaliger Botschafter in den Vereinigten Staaten und Leiter der UNO-Sonderkommission für Irak, Schweden.
20. **Uffe Ellemann-Jensen**, ehemaliger Außenminister, Dänemark.
21. **Vahit Erdem**, ehemaliges Mitglied der Großen Nationalversammlung der Türkei, Leitender Berater von Präsident Süleyman Demirel, Leiter der türkischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Türkei.
22. **Gernot Erlner**, amtierender Bundestagsabgeordneter, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und ehemaliger Staatsminister im Auswärtigen Amt, Bundesrepublik Deutschland.
23. **Anatoliy Grytsenko**, amtierendes Parlamentsmitglied und Vorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung, ehemaliger Verteidigungsminister, Ukraine.
24. **Jan Hamáček**, amtierendes Parlamentsmitglied und ehemaliger stellvertretender Sprecher der Abgeordnetenversammlung, Tschechische Republik.

25. **David Hannay**, ehemaliger Ständiger Vertreter bei der EWG und den Vereinten Nationen, Vereinigtes Königreich.
26. **Nick Harvey**, amtierendes Parlamentsmitglied und ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär für die Streitkräfte, Vereinigtes Königreich.
27. **Armin Hasenpusch**, Generalmajor a.D. und ehemaliger Vizepräsident für militärische Angelegenheiten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Deutschland.
28. **Geoffrey Howe**, ehemaliger Außenminister, Vereinigtes Königreich.
29. **Douglas Hurd**, ehemaliger Außenminister, Vereinigtes Königreich.
30. **Jaakko Itoniemi**, ehemaliger Botschafter bei der KSZE und Botschafter in den Vereinigten Staaten, Finnland.
31. **Juhani Kaskeala**, ehemaliger Oberbefehlshaber der Verteidigungskräfte, Finnland.
32. **Jan Kavan**, ehemaliger Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident, Tschechische Republik.
33. **Katja Keul**, amtierende Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Verteidigungsausschusses, Bundesrepublik Deutschland.
34. **John Kerr**, ehemaliger Botschafter des Vereinigten Königreichs in den USA und der EU, Vereinigtes Königreich.
35. **Tom King**, ehemaliger Verteidigungsminister, Vereinigtes Königreich.
36. **Pierre Lellouche**, ehemaliger Staatssekretär für europäische Angelegenheiten und Staatssekretär für Außenhandel, Frankreich.
37. **Budimir Lončar**, Vorsitzender des Beratungsausschusses für auswärtige Angelegenheiten und internationale Beziehungen des Präsidenten der Republik Kroatien, ehemaliger Außenminister von Jugoslawien, Kroatien.
38. **Ruud Lubbers**, ehemaliger Ministerpräsident, Niederlande.
39. **Mogens Lykketoft**, Präsident des Folketing, ehemaliger Außenminister, Dänemark.
40. **Giorgio La Malfa**, ehemaliger Minister für europäische Angelegenheiten, Italien.
41. **Evgeniy Maslin**, Oberst a.D. und ehemaliger Direktor der 12. Hauptverwaltung des russischen Verteidigungsministeriums, Russland.
42. **John McColl**, ehemaliger Stellvertretender NATO Befehlshaber für Europa, Vereinigtes Königreich.

43. **Federica Mogherini**, amtierendes Parlamentsmitglied und Vorsitzende der italienischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Italien.
44. **Eoghan Murphy**, amtierendes Mitglied des Dáil Éireann, Republik Irland.
45. **Klaus Naumann**, ehemaliger General des Heeres der Bundeswehr, Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, Deutschland.
46. **Bernard Norlain**, ehemaliger Befehlshaber der Luftverteidigung und Kommandant der taktischen Luftstreitkräfte, Frankreich.
47. **Volodymyr Ogrysko**, ehemaliger Außenminister, Ukraine.
48. **Janusz Onyszkiewicz**, ehemaliger Verteidigungsminister und stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss des Europäischen Parlaments für auswärtige Angelegenheiten, Polen.
49. **David Owen**, ehemaliger Außenminister, Vereinigtes Königreich.
50. **Ana Palacio**, ehemalige Außenministerin, Spanien.
51. **Boris Pankin**, ehemaliger Außenminister und Botschafter im Vereinigten Königreich, Russland.
52. **Paul Quilès**, ehemaliger Verteidigungsminister, Frankreich.
53. **Elisabeth Rehn**, ehemalige Verteidigungsministerin, Finnland.
54. **Malcolm Rifkind**, amtierendes Parlamentsmitglied, ehemaliger Verteidigungsminister und Außenminister, Vereinigtes Königreich.
55. **Adam Daniel Rotfeld**, ehemaliger Außenminister, Polen.
56. **Volker Rühle**, ehemaliger Verteidigungsminister, Bundesrepublik Deutschland.
57. **Konstantin Samofalov**, amtierendes Parlamentsmitglied, Serbien.
58. **Özdem Sanberk**, Direktor der Internationalen Organisation für strategische Forschung, ehemaliger Staatssekretär im Außenministerium, Türkei.
59. **Rudolf Scharping**, ehemaliger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Verteidigungsminister, Bundesrepublik Deutschland.
60. **Javier Solana**, ehemaliger Außenminister, Generalsekretär der NATO und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Spanien.
61. **John Stanley**, amtierendes Parlamentsmitglied und Vorsitzender der Ausschüsse für die Kontrolle von Waffenexporten (CACE), Vereinigtes Königreich.

62. **Thorvald Stoltenberg**, ehemaliger Verteidigungsminister und Außenminister, Norwegen.
63. **Goran Svilanović**, Generalsekretär des regionalen Kooperationsrats und ehemaliger Außenminister von Jugoslawien, Serbien.
64. **Boris Tadić**, ehemaliger Präsident, Serbien.
65. **Carlo Trezza**, Vorsitzender des Raketentechnologie-Kontrollregimes (Missile Technology Control Regime, MTCR), ehemaliger Sonderbeauftragter für Abrüstung und Nichtverbreitung, Botschafter in der Republik Korea, Italien.
66. **Vyacheslav Trubnikov**, ehemaliger Direktor des Auslandsgeheimdienstes, stellvertretender Außenminister und Botschafter in Indien, Russland.
67. **Raimo Väyrynen**, ehemaliger Präsident der Akademie der Finnland, Finnland.
68. **Alan West**, ehemaliger Erster Seelord und Generalstabschef der Marine, Vereinigtes Königreich.
69. **Shirley Williams**, Mitglied des Britischen Oberhauses, ehemalige Vorsitzende der Liberaldemokraten im Oberhaus, Vereinigtes Königreich.
70. **Kåre Willoch**, ehemaliger Ministerpräsident, Norwegen.

European Leadership Network (ELN)

Alle Unterzeichnenden sind Mitglieder des European Leadership Network (ELN). Die Erklärung wurde im Namen der unterzeichnenden Personen veröffentlicht und spiegelt nicht die Meinung aller Mitglieder der Organisation wider.

Weitere Informationen über das European Leadership Network (ELN) finden Sie unter: www.europeanleadershipnetwork.org

Diese Erklärung ist auch in Englisch, Italienisch, Französisch, Spanisch, Russisch und Türkisch erhältlich.